

VORWORT

# Zwei Geburtstage und Ermittlungserfolg der Hessischen Polizei

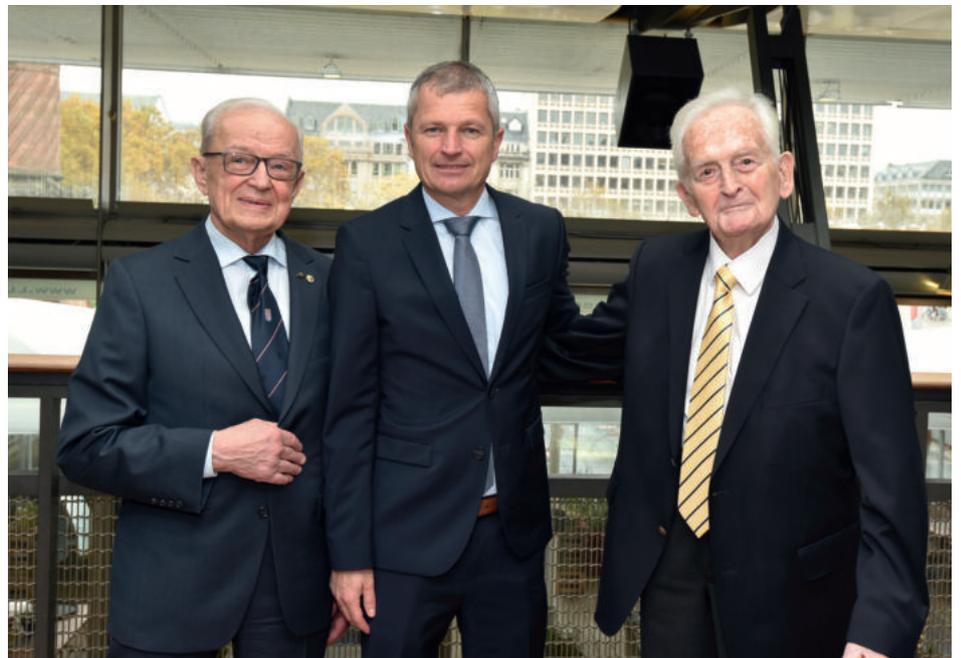
Das Jahr 2021 war für viele von uns kein Leichtes! Kaum ein Beruf wie der unsrige ist seit jeher ein von vielen, politischen wie gesellschaftlichen Umständen beeinflusster! Auch heuer beherrschte die Corona-Pandemie und die damit verbundenen gesellschaftlichen Spannungen oftmals die Schlagzeilen. Die Booster Impfung steht bevor und es kann nur folgerichtig sein, dass unserer Kolleginnen und Kollegen davon zeitnah Gebrauch machen können!

Entgegen einiger „Unkenrufe“ ist es uns gelungen, einen Tarifabschluss mit dem Land Hessen abzuschließen! Erstmals in der Geschichte der hessischen Tarifverhandlungen waren wir zeitlich vor der TdL gehalten, zu verhandeln. Das machte vielen von uns „Bauchschmerzen“! Wenn man aber den zwischenzeitlichen Verlautbarungen der TdL und ihrer Verhandlungspartner Glauben schenken darf, kommt es in Potsdam zum „Showdown“! Ausgang ungewiss! Unser Abschluss wird auf den nächsten Seiten nochmals dargestellt.

Das politische Berlin bebte nahezu, als sich die Ergebnisse der Bundestagswahlen verifizierten. Damit einhergehend setzte in der CDU eine Erneuerungsprozess ein, der wahrscheinlich in auch in einigen CDU geführten Landesregierungen Niederschlag finden wird. Der demokratische Prozess der Koalitionsbildung der sog. AMPEL – KOALITION dauert beim Verfassen dieses Vorworts noch an.

## 2. November: 70 Jahre Gewerkschaft der Polizei in Hessen

Diesen Tag mit dem bewusst gewählten Rahmen war geeignet, um unseren 70. Geburtstag würdig zu feiern. Am 34. Jahres-



V.l.: Kastl, Mohrherr, Pult

tag der Startbahnmorde an der Startbahn West (2.11.1987) haben wir besonders auch an alle anderen im Dienst getöteten Polizeibeschäftigten gedacht. Vertreter der politischen Parteien aus dem Landtag, Polizeipräsidenten und Behördenleiter, sowie die Mitglieder des Landesbezirksvorstandes und der GdP-Personalratsvorsitzenden verliehen dem zweistündigen Festakt einen würdigen Rahmen. Mit Gerhard Kastl (90 Jahre) und Heinz Pult (97 Jahre) waren auch zwei Männer der ersten Stunde mit dabei, die beide viele Jahre in ehrenamtlichen Funktionen für die GdP tätig waren. Beide repräsentieren die Frauen und Männern, die unsere GdP in über 70 Jahren zu dem gemacht haben, was sie heute ist: die größte Interessenvertretung für die Polizeibeschäftigten!

## Ermittlungen der hessischen Polizei in Zusammenarbeit mit der Staatsanwaltschaft Frankfurt führen zum Erfolg. Rechtsstaatliche Ermittlungen gehen vor „Vorverurteilung“ eines ganzen Berufsstandes!

Die Staatsanwaltschaft Frankfurt hat Ende Oktober Anklage gegen einen 53-jährigen Drohbrief-Schreiber erhoben, der beschuldigt wird, die „NSU 2.0“ Drohschreiben versandt zu haben. Soweit die Schlagzeile. Seit Bekanntwerden der Chat-Gruppen in Polizeikreisen und zuletzt bei der Auflösung des Frankfurter SEK wurden die hessischen Polizeibeschäftigten einem Generalverdacht ausgesetzt. Auf dem rechten Auge blind ist

„Die klare Positionierung gegen jede Art von Populismus ist essenzieller Bestandteil unseres Selbstverständnisses und unserer gewerkschaftlichen Arbeit. Reaktionären Kräften, die sich eine Abkehr vom Ideal einer freien, vielfältigen und inkludierenden Gesellschaft wünschen, werden wir auch in Zukunft eine Absage erteilen.“

hierbei noch harmlos formuliert. Aufklärung mit allen Mitteln ja, aber keinen Generalverdacht gegen ALLE! Dort, wo Missstände auftreten, treten wir diesen entschlossen entgegen. Dafür erwarten wir auch die Rückendeckung der hessischen Landesregierung. Als Sprachrohr der Polizeibesetzten haben wir im Gesamtverfahren immer darauf hingewiesen, dass das permanente öffentliche Unterstellen, hessische Polizeibesetzte seien Teil eines rechten Netzwerkes, schwer auf unseren Schultern lastet. „Mittels Megaphon“ einzelne Vorwurfslagen immer wieder medial zu kolportieren, hat nicht nur uns Beschäftigte, sondern gerade auch unsere Familien und Angehörigen teilweise ins gesellschaftliche Abseits gestellt. Eine Fehler- und Führungskultur bedeutet, dass die zielführenden Ermittlungen von Polizei und Staatsanwaltschaft als Erfolg und damit eine öffentliche Entlastung der Polizeibesetzten nach sich ziehen muss. Wie durch die Sprecherin der Staatsanwaltschaft Frankfurt mitgeteilt wurde, waren unter anderem die extrem aufwändigen Ermittlungen unserer hessischen Polizeibesetzten im „Darknet“ Grundlage des Erfolges. Von Innenminister Peter Beuth erwarten wir, dass er sich noch deutlicher zu diesem Ermittlungserfolg bekennt. Dies ist Grundpfeiler einer modernen Fehler- und Führungskultur, die gerade auch in der obersten Führungsetage gelebt werden muss. Beispielsweise vermissen viele von uns Ermittlungsstände zu den seit Jah-

ren andauernden Straf- bzw. Disziplinarverfahren, die nach dem Bekanntwerden rechter Chat-Gruppen und den Drohschreiben NSU 2.0 Ende 2018 eingeleitet wurden. Etliche Verfahren wurden zwischenzeitlich durch die ermittelnden Staatsanwaltschaften bzw. im weiteren Fortgang durch die Behörden nach Abschluss der disziplinarischen Ermittlungen eingestellt.

### 40 Jahre Frauen in der hessischen Schutzpolizei

Es ist schön, wenn man, insbesondere vor dem Weihnachtsfest, auch über positive Entwicklungen schreiben kann. Eine davon hat vor über 40 Jahren Einzug gehalten in unsere hessische Schutzpolizei. Unsere Kolleginnen in Uniform. Zu Beginn der 1980er Jahre blickten alle mit Hochspannung nach Hessen. Wie würde sich das Modell entwickeln, welche Reaktionen gibt es in der Öffentlichkeit, den Medien und natürlich auch bei der männerprägten Polizei. **An dieser Stelle erlaube ich mir im Namen der GdP mit Blick auf die zurückliegenden mehr als 40 Jahre die Feststellung: Wir sind froh und dankbar, dass wir euch haben, liebe Kolleginnen.** Mittlerweile hat sich die Zahl der Polizistinnen im Vollzug auf 4186 erhöht, was bei einer Gesamtzahl von 15.122 einer Quote von 27,7 Prozent entspricht. Alleine in den vergangenen 15 Jahren hat sich der Frauenanteil bei uns mehr als verdoppelt, im jüngsten Ein-

stellungsjahrgang der Vollzugspolizei lag der Anteil sogar bei 37,5 Prozent. Etwas Wasser in den Jubiläumswein müssen wir dennoch schütten: Bei genauer Betrachtung stellt man fest, dass Frauen bei uns sehr oft in Teilzeit arbeiten. Und sehr oft nicht so, wie sie es wünschen. Teilzeitmodelle bei der hessischen Polizei könnten durchaus flexibler sein, Elternzeitrückkehrerinnen müssen hoffen, ihre alte Stelle zurück zu erhalten. Sehr einseitig die Reaktion des Innenministers, er hält dem entgegen, sämtliche Polizeipräsidien seien mit dem Gütesiegel „Familienfreundlicher Arbeitgeber Land Hessen“ ausgezeichnet. Zur Schaffung familienfreundlicher Arbeitsbedingungen „berücksichtige die hessische Polizei besonders die verschiedenen, familiären Lebensabschnitte ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und integriere diese in flexible Arbeitszeitmodelle“ (fr.de/rhein-main). Ein Blick in die Praxis von betroffenen Frauen (aber auch Männern), bestätigt dies nicht unbedingt. Eine Auszeichnung mit einem Gütesiegel oder Zertifikat ist aus unserer Sicht keineswegs die Garantie dafür, dass die Polizei auch familienfreundlich ist. Dies können wir nahezu täglich in allen Bereichen feststellen. Plastikschilder, liebe Kolleginnen und Kollegen, kümmern sich nicht selbst um die allgegenwärtigen Probleme der Polizei.

In diesem Sinne wünsche ich euch allen, euren Familien, Partnern und Angehörigen ein schönes Weihnachtsfest und vor allen Dingen ein gesundes Jahr 2022.

**Jens Mohrherr**

## TARIFVERHANDLUNGEN 2021

# 4 % mehr Gehalt, 1000 Euro Corona-Prämie und mehr

### Tarifabschluss:

- 1000 € Corona-Prämie für Aktive
- 4 % Entgelterhöhung insgesamt
- AZUBI's: Unbefristete Übernahme & 500 € Corona-Prämie
- Verlängerung Landesticket
- Zeit- und inhaltsgleiche Übertragung
- Laufzeit 28 Monate



Die diesjährigen Tarifverhandlungen begannen mit einer schwierigen Ausgangssituation. Die COVID-19-Pandemie hatte die Weltwirtschaft hart getroffen und somit auch die Staatskassen, und gerade diejenigen, die für den Staat und damit die Bürgerinnen und Bürger arbeiten, wurden durch viele zusätzliche und schwierige Aufgaben hart gefordert.

Nach hessenweiten Warnstreiks am 5. Oktober 2021, an denen sich die GdP laut und deutlich beteiligte, gab es seitens der hessischen Landesregierung kein Angebot. Da das Land Hessen 2004 aus der Tarifunion der Länder (TdL) ausgetreten ist, verhandelt Hessen als einziges Bundesland selbst mit den Gewerkschaften, im Polizeibereich nur mit der GdP, die Tarifverträge. Die Erinnerungen an die unsägliche Nullrunde 2015 und die nur 1 % Erhöhung sind noch präsent im Gedächtnis der meisten Kolleginnen und Kollegen. Besonderheit in diesem Jahr: Erstmals verhandelten die hessischen Tarifvertrags-

sischen Landesregierung kein Angebot. Da das Land Hessen 2004 aus der Tarifunion der Länder (TdL) ausgetreten ist, verhandelt Hessen als einziges Bundesland selbst mit den Gewerkschaften, im Polizeibereich nur mit der GdP, die Tarifverträge. Die Erinnerungen an die unsägliche Nullrunde 2015 und die nur 1 % Erhöhung sind noch präsent im Gedächtnis der meisten Kolleginnen und Kollegen. Besonderheit in diesem Jahr: Erstmals verhandelten die hessischen Tarifvertrags-



Foto: L. Eisebach

Nicht schön aber laut - das Horn von Gondor war nichts dagegen



Lautstarker Auftakt in Dietzenbach



Bei der Pressekonferenz wurde das Ergebnis der Tarifverhandlungen verkündet



Demonstrationszug in Wiesbaden



Foto: S. Schimmelpfennig

Warnstreik in Kassel



Fotos (4): M. Hüschentbett

Die Tarifkommission der GdP in Dietzenbach

partner vor denen der Tarifgemeinschaft der Länder. Eine Vorlage wie sonst immer gab es also nicht.

Am 14. und 15. Oktober 2021 begann die Abschlussrunde der Tarifverhandlungen traditionell in Dietzenbach. Aufgrund der Coronaregelungen war nur eine bestimmte Anzahl von Personen vor Ort erlaubt, so dass nahezu die Hälfte der GdP-Tarifkommission in ein anderes Hotel ausgelagert werden mussten. Die Beratungen der GdP fanden also an zwei Orten und damit räumlich voneinander getrennt statt. Dank Videoschaltung waren wir dennoch verbunden!

Wie immer gestalteten sich die Verhandlungen lang und schwierig. Bis in die frühen Morgenstunden des 15. Oktober wurde verhandelt. Die wesentlichen Punkte sind im weißen Kästchen dargestellt. Positiv bewerten wir, dass das Land endlich die lange und nur von der GdP geforderte Corona-Prämie endlich gewährt hat, sowie die soziale Komponente für die niedrigen Entgeltgruppen und die Verbesserungen für Auszubildende und unserer PK-A. Jens Mohrherr kommentiert das Tarifiergeb-

**Gewerkschaft der Polizei Hessen**

# #Leistungsprämie gefordert

**Umsetzung Corona-Prämie 1.000 € steuerfrei!**

WIR haben für EUCH eine Leistungsprämie von 1.000 € gefordert! **Und wir liefern!**

- **500 € steuerfrei** für alle Beschäftigten der hessischen Polizei 2021
- **500 € steuerfrei** für alle Beschäftigten der hessischen Polizei 2022

**#geliefert**

GdP Hessen - Wilhelmstr. 60 a - 65183 Wiesbaden - www.gdp.de/hessen - www.facebook.com/gdphessen

nis so „Die Laufzeit von 28 Monaten steht nicht im Verhältnis zur Entgeltserhöhung. Durch hohe Inflationsraten in diesem, dem nächsten Jahr und aller Voraussicht nach auch 2023 und den damit gestiegenen Verbraucherpreisen reichen

die 4 % sicherlich nicht vollständig aus, um mögliche Reallohnverluste auszugleichen. Auch unsere Versorgungsempfänger\*innen partizipieren viel zu spät von den Entgeltserhöhungen. Hessen hat einerseits die Chance genutzt, einen vorzeigbaren Tarifabschluss gegenüber der TdL abzuschließen - andererseits wurde die große Chance vertan, eine vollumfängliche Wertschätzung für die Polizeibeschäftigten mit 5 % und einer frühzeitigeren Inkraftsetzung der Tabellenentgelte zu honorieren.“ Den Redebeitrag unseres Landesvorsitzenden in der Pressekonferenz nach den Tarifverhandlungen ist über [www.gdp.de/hessen](http://www.gdp.de/hessen) oder den QR-Code im Artikel abrufbar.

Wir bedanken uns besonders bei allen Kolleginnen und Kollegen, die mit uns und für alle anderen bei den Warnstreiks aktiv dabei waren sowie den Mitgliedern der GdP-Tarifkommission unter der Führung von Petra Moosbauer und Heinz Schiskowsky, die mit ihrer Fachkenntnis viel Positives zum Abschluss beigetragen haben.

**Markus Hüschentbett**



Foto: Peter Wittig

DIE „SÄUE WERDEN WIEDER DURCHS DORF GETRIEBEN“ - ALLE JAHRE WIEDER

# Die überprivilegierten Beamten im Sommerloch

Respekt? Anerkennung? Würdigung? Sieht grundsätzlich anders aus... Alle Jahre wieder wird die „Sau durchs Dorf getrieben“, dass Beamte und Pensionäre bzw. Versorgungsempfänger zu teuer sind. Oftmals rund um das bekannte Sommerloch zu finden, liest man Land auf - Land ab die Artikel in der Presse, dass die Beamten deutlich überprivilegiert sind.

**Peter Wittig**

Die Vergleiche häuften sich völlig überraschend in der Presse wieder. Gerade in den Hochsommerwochen scheint dieses Thema immer wieder aufgeköchelt zu werden. Von wem eigentlich? Und mit welchem Interesse? Beamte zahlen ja schließlich keinen Cent für ihre Altersvorsorge, der Steuerzahler muss so Milliardenbeträge aufbringen, um die Zukunft der Staatsdiener zu finanzieren...

Genauso simpel und polemisch sind dann die Forderungen, die nicht nur in Leserbriefen, sondern auch von Parteien im politischen Vorwahlkampf der Bundestagswahl plakativ titulierte werden. Die einen, oft unwissende Steuerzahler, die sich zu Leserbriefen animiert sehen, werden ihren Unmut los. Die anderen, also die Parteien mit ihren politischen Verantwortlichen, sind aber gerade diejenigen, die es besser wissen sollten. Denn viele wissen, dass diese Grundausage so nicht stimmt.

Und ebenso gut wissen sie auch, dass die Gelder, die den Beamten während der aktiven Dienstzeit einfach einbehalten werden, eben zur Sicherstellung der Pensionen, zwar in einen Haushaltstopf geführt werden. Dort aber zweckentfremdet dafür nicht verwandt werden, sondern Lücken und Defizite in anderen Bereichen ausgegli-

chen werden. Der Bevölkerung wird durch die Leserbriefe und Positionen von wahlkämpfenden aber Parteien impliziert, dass die Beamtenschaft in einer Art Paradies lebt, müssen sie doch unter anderem nichts beitragen zur ihrer Rente/Versorgung. Einerseits aufgrund von Beihilfe und den Pensionsansprüchen, die deutlich über dem Rentenniveau liegen. Wobei das Wort Beihilfe so interpretiert wird, dass sie auch nichts zur Krankenvorsorge zahlen müssen.

„Teure Pensionäre“, „Leben im Paradies“, „Ungerechtfertigte Ungleichbehandlung“, „Staat finanziert Beamte und lässt Rentner im Stich“. Einige Überschriften, die insbesondere über die Medien (häufig die sozialen), transportiert werden. Aber auch andere Medien wie Focus-Online oder die FNP warteten mit Titeln auf wie: „Umsorgt wie auf Wolke Sieben: So gut geht es deutschen Beamten im Ruhestand“ oder „647 Milliarden Euro! So teuer kommen Deutschlands Beamte den Steuerzahler“.

Am Rande dieser Berichterstattung, insbesondere in den angesprochenen sozialen Medien, schimpft der „Bürger“ in Kommentaren, Posts oder Leserbriefen gerne über die hohen Pensionen und die Vorzüge des Beamtentums. Was ist denn eigentlich sozial an diesen Medien, fragen wir uns im-

mer öfter...?! Größtenteils entbehren dortige Aussagen jeglicher Grundlage und sind purer Populismus. Betrachten wir einmal beispielsweise den vermeintlichen Vorteil der Beihilfe, hier wird immer wieder eine Bevorteilung ins Feld geführt, bemerkt man, dass es zahlreiche Regelungen gibt, die diesen vermeintlichen Vorteil wieder relativieren.

Noch immer wird es in der Bevölkerung so wahrgenommen, dass alle Beamtinnen und Beamten, also auch unsere Polizistinnen und Polizisten, privat versichert sind und diesen „Luxus“ auch genießen, zu Lasten der gesetzlich Krankenversicherten. Die Beihilfe, so die Volkesmeinung ist eine darauf aufsetzende Luxusbevorzugung, diese erhält man kostenfrei „obendrauf“. Ein Märchen aus welcher Nacht auch immer, betrachtet man sich einmal die Realität.

Zum einen muss auf jedes Medikament, welches auf einem Rezept aufgeführt wird, ein Eigenanteil von 4,50€ abgeführt werden (je nach Versicherungsart). Dieser Eigenanteil geht nur zu Lasten des Versicherten.

Zum anderen zahlt das Land den „Arbeitgeberanteil“ nur, wenn der Beamte auch krank ist und Kosten verursacht werden. Bei jungen Beamten fällt in aller Regel über viele Jahre hinweg kein einziger Cent an Kosten an. Dies wird in keinem dieser Artikel erwähnt. Für jeden „normalen“ Arbeitnehmer muss ein Arbeitgeber grundsätzlich seinen Anteil zahlen, egal ob Kosten verursacht oder Leistungen in Anspruch genommen werden oder nicht. Dies würde das Land Hessen wohl deutlich teurer kommen bei über 100.000 Landesbeamten und den ca. 80.000 Ruheständlern. Seit 2015 müssen Beamte sogar weitere 18,90 €/Monat zahlen, um die früheren Wahlleistungen der Beihilfe weiter in vollem Umfang in Anspruch nehmen zu können. Bei den früheren zeitgleich stattfindenden Nullrunden stellte dies sogar eine faktische Gehaltskürzung dar. Ganz am Rande sei hier auch einmal die Meinung der Ärzte erwähnt. Nur, weil Ärzte bei Privatpatienten, als solche zählen Beamte in



der Regel, für gleiche Leistung den 1,8 oder 2,3-fachen Wert abrechnen können, rechnen sich viele Arztpraxen noch. Selbst mit einer besonderen Begründung kann der 3,5-fache Wert, teils 4,3-fach abgerechnet werden. Andernfalls wäre das Budget der Ärzte, was durch die gesetzlichen Krankenkassen für jedes Quartal zur Verfügung gestellt wird, schon nach der Hälfte des Quartals erschöpft und sie würden auf eigene Kosten oder gar nicht mehr praktizieren in dieser Zeit.

Die so viel kritisierten Privatpatienten stützen auf diese Weise das teils marode Gesundheitssystem. Auch hier werden Fehler der Politik der Beamtenschaft angelastet. Es lohnt sich, auch bei den Ruheständlern genauer hinzuschauen. Wirft man einen genaueren Blick auf die Pensionsansprüche, stellt man fest, dass auch hier nicht alles glaubhaft ist, was zum Beispiel der Lobbyverband „Bund der Steuerzahler“ so in Pressemitteilungen veröffentlicht. Das Erwerben der Pensionsansprüche hat sich vor einigen Jahren grundlegend gewandelt.

Heutzutage erarbeitet ein Beamter pro Jahr knapp 1,8% seiner Pensionsansprüche. Ähnlich wie bei den Rentenansprüchen gibt es diese knapp 1,8% jedoch nur, wenn man Vollzeit arbeitet. Bei Teil- oder Elternzeit zum Beispiel werden diese Ansprüche nicht oder nicht in vollem Umfang angerechnet. Dies führt durchaus dazu, dass Kolleginnen und Kollegen, insbesondere unsere Polizistinnen, die über Jahre in Teilzeit gearbeitet haben und in der Besoldungsgruppe A 10 besoldet sind, nur die Grundsicherung von ca. 1500 € Brutto erhalten. Davon sind die Krankenkasse zu zahlen und Steuern zu entrichten. Rechnet man dann gegebenenfalls noch die Miete mit ein, bleibt teilweise vielleicht nicht mal mehr die Grundsicherung übrig.

Bei einem Stabsunteroffizier in der Besoldungsgruppe A 7 liegt der Pensionsanspruch auch nicht selten unter diesen 1500 €. Denn eines steht auch fest, nicht jeder Beamte ist Lehrer oder Ministerialrat, der mit einem üppigen Gehalt sein Auskommen, auch in der Pension hat. Man kann sicherlich streiten, wer unbedingt im Beamtenverhältnis beschäftigt werden muss oder wer nicht. Als Polizeibeamter, Soldat oder Berufsfeuerwehrmann, der Zeit seines Berufslebens seine Haut zu Markte getragen hat, kann man jedoch er-

warten, dass der Dienstherr auch nach dem Berufsleben für ein angemessenes Auskommen Sorge trägt.

In dieser Diskussion muss man auch immer das Gesamtgebilde im Auge behalten. Der Beamte an sich darf nicht streiken, er ist vom Gesetzgeber abhängig, ob seine Besoldung erhöht wird oder nicht. Gerade in den vergangenen Jahren in Hessen können wir ein Lied davon singen. Nicht selten dient der Beamte als Sparschwein der Politik und muss zur Haushaltskonsolidierung erhalten. Eine Nullrunde für Beamte, aber auch die 1% Erhöhungen des Landes Hessen in den vergangenen Jahren liegen prozentual weit hinter jeder Tarif- oder Rentenerhöhung.

Nur durch einen gewaltigen öffentlichen Druck der GdP gab es dann doch noch ein wenig Vernunft, nein, es war eher die politische Angst vor weiteren Unannehmlichkeiten mit der GdP.

Während eine Firma in der freien Wirtschaft sich seine Kunden aussuchen kann – frei nach dem Motto: „Wer mehr zahlt, wird zuerst bedient!“, muss der Beamte jeden Bürger gleich behandeln, egal ob arm oder reich. „Trinkgeld“ für die Kaffeekasse über 5 € für ein Pfund Kaffee könnte bereits als mögliche Korruption zählen.

Es wäre sicherlich wesentlich interessanter, bei den Mandatsträgern in der öffentlichen Verwaltung und Politik einmal solche Verfahrensweisen an den Tag zu legen, Stichwort Nebeneinkünfte.

Die Diskussion vor wenigen Jahren im Zusammenhang mit Urlauben und Verköstigungen des Wiesbadener Oberbürgermeisters belegt dies deutlich. Alles rein privat und nicht in Zusammenhang mit dem Amt. Punkt, basta. Die Konsequenzen hat er dann schließlich doch selbst gezogen und dazu eine Strafe gezahlt. Wenigstens Einsicht.

Aber ganz nebenbei bemerkt, man hat sich im Rahmen der Stadtpolitik darauf „verständigt“, dass Annahmen von Werten bis 300 Euro nicht angezeigt werden müssen. Dafür könnte sich der Schutzmann/frau dann etwa 80 Pfund Kaffee leisten, interessanter Vergleich, oder? Jeder Arbeitnehmer in der freien Wirtschaft kann sich mit entsprechender Ausbildung von den Firmen umwerben lassen und monatlich entsprechend hohes Einkommen mit nach Hause bringen. Der „typische Beamte“, wie es gerade auf die Polizeibeamten zutrifft, weiß, dass er durch seine Besoldung nicht reich werden kann.

Dafür sei es ihm gegönnt, dass er freilich ein Stück mehr Sicherheit bei seinem Arbeitsplatz hat. Zudem sei erwähnt, dass man als Beamter auch beispielsweise nicht einfach einen Nebenjob ausüben darf. Hier gibt es enge zeitliche und finanzielle Grenzen. Man kann es unter dem Strich auch so darlegen, man verzichtet als Beamter in seinem Berufsleben unweigerlich auch auf gewisse Grundrechte.

Wenn man sich für das Berufsbeamten-tum entscheidet, weiß man dies in der Regel und hat sich dann, wie bereits erwähnt, für mehr Sicherheit und gegen mehr Gehalt entschieden (Dienst-/Treuepflicht). Demgegenüber steht aber auch der grundgesetzliche Gedanke der Fürsorge. Dies ist aber nicht so gemeint, dass man sich einer parteipolitischen Abhängigkeit unterwerfen muss. Die Fürsorge und Wertschätzung der Polizeibeschäftigten in Hessen hat in letzten Jahren erheblich gelitten. Parteipolitik oder der Landeshaushalt dürfen keine Gründe sein, so mit seinen Mitarbeitern der Polizei umzugehen. Das haben die Verfassungsväter und -frauen jedenfalls nicht in das Grundgesetz geschrieben.

Dass der Staat, egal ob Bund oder Länder, es über Jahrzehnte versäumt hat, entsprechend Geld für die Versorgungsrücklagen auf die Seite zu legen und nun die Horrorszenarien der Staatspleite in der Presse an die Wand gemalt werden, wird der Sache nicht gerecht. Das Land Hessen hat 2018 verkündet, dass statt wie bisher 127 Millionen Euro zukünftig 167 Millionen für die Pensionsrücklagen auf das Altersspargbuch eingezahlt werden sollen. Dies ist ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung, um die Pensionen auch für spätere Generationen zu gewährleisten.

Im Fazit ist es zusammenfassend nicht so, dass der Beamte nichts zu seiner Versorgung beiträgt. Diese Gelder werden in einen Pensionstopf eingezahlt. Wenn diese Finanzmittel dann von der Landesregierung zweckentfremdet verwendet werden, darf man den „privilegierten Status“ nicht auch noch stützen.

Es wäre schön, wenn hier mehr Wahrheit und Klarheit Einzug hält. Dass die Pensionäre bei Besoldungserhöhungen sehr oft einen Abschlag erleiden müssen, darf auch nicht vergessen sein. Und zum Schluss bleibt der Prügelknabe immer der Beamte, davon können insbesondere unsere Polizistinnen und Polizisten in Hessen ein Lied singen. ■

**SEMINAR**

# Souveränität im Umgang mit schwierigen Situationen und Zeitgenossen

Im September fand das Seminar „Souveränität im Umgang mit schwierigen Situationen und Zeitgenossen“ in altbekannter Umgebung in Willinghausen-Zella im Landgasthof Bechtel statt. Dank gesunkener Coronazahlen stand auch wieder das Blockhaus des Landgasthofes als Seminarräumlichkeit zur Verfügung.

Stefan Ruppel hatte im Vorfeld Kontakt zur Referentin Frau Klaudia Söllner hergestellt, die normalerweise für große Wirtschaftsunternehmen tätig ist. Er konnte sie davon überzeugen, dass die größte Polizeigewerkschaft doch auch ein interessantes Tätigkeitsfeld sei.

Seminar Teilnehmer aus den unterschiedlichsten Kreis- und Bezirksgruppen folgten der Einladung. Viele kannten sich bereits aus vorangegangenen Seminaren, was dafür sorgte, dass schnell eine vertraute Atmosphäre entstand in der ein sehr offener Umgang möglich war.

Am ersten Seminartag wurden zunächst die einzelnen Spannungsfelder im Berufsalltag und im Privatleben ausgemacht und

über ihre Auswirkungen auf das Lebensgefühl gesprochen. In Gruppendiskussionen und Kleingruppenarbeit wurden die positiven und negativen Gefühle ausgemacht, die uns im Berufsalltag begleiten und erarbeitet, wie man damit umgeht, um in der jeweiligen Situation angemessen zu handeln.

Die typischen Konflikt dynamiken, Verhaltensmuster und die typischen Wechselwirkungen zwischen Akteuren und Konfliktszenarien wurden anschaulich dargestellt. Der konstruktive Ausweg aus dem Dramadriek hin zum Gewinnerdriek wurde eingehend geübt.

Der zweite Seminartag stand unter dem Motto „Souveränität und Autorität“. Die Teilnehmer lernten hier ihre ganz persönlichen,

individuellen Stärken zu erkennen und bewusst einzusetzen. In der Abschlussrunde äußerten alle Teilnehmer einhellig, dass sie aus dem Seminar sowohl für die Gewerkschaftsarbeit, die dienstliche Tätigkeit und auch für ihr Privatleben einiges mitnehmen konnten.

Ein gelungenes Seminar, welches uneingeschränkt empfohlen werden kann.

**Bernd Bütke**



Foto: GUP/Hessen



## NEUER KOOPERATIONSPARTNER

# Corporate Benefits - über 800 Angebote für GdP-Mitglieder

Wir können für euch seit Kurzem mit den Corporate Benefits attraktive Einkaufsvorteile namhafter Anbieter mit hochwertigen Sonderkonditionen auf der Homepage der GdP Hessen für GdP-Mitglieder anbieten.

Mehr als 10.900 Unternehmen, die meisten davon im DAX notiert, mit bereits über 7,6 Millionen registrierten Nutzern und 17

Jahre Erfahrung bietet uns der neue Kooperationspartner.

Neben der Nutzung über das Internet kann man sich auch auf einer integrierten Karte Angebote rund um den eigenen Standort anzeigen lassen. Mit der Registrierung im Newsletter bekommt man alle 4 Wochen die neusten Angebote angezeigt.

Den Zugangscode seht ihr auf der hier abgedruckten Grafik, bekommt sie aber auch auf Nachfrage von unserer Geschäftsstelle mitgeteilt.

Schaut euch die neuen Möglichkeiten an, sie können euch viel Geld sparen.

**Stefan Rüppl**

Jetzt registrieren und sparen!

- 1 Rufen Sie die Plattform auf <https://gdp-hessen.rahmenvereinbarungen.de>
- 2 Registrieren Sie sich einmalig mittels privater E-Mail-Adresse und dem Registrierungscode: **sommer96#**
- 3 Nehmen Sie sofort attraktive Angebote wahr



EINE KLEINE  
AUSWAHL  
AUS ÜBER  
★800★  
TOP-MARKEN



MODE  
bis zu  
80%



SPORT  
bis zu  
35%



JETZT IM APP-STORE  
HERUNTERLADEN  
>> corporate benefits

Download on the  
App Store

GET IT ON  
Google Play



TECHNIK  
bis zu  
65%



**DP – Deutsche Polizei**  
Hessen

**Geschäftsstelle**  
Wilhelmstraße 60 a, 65183 Wiesbaden  
Telefon (0611) 99227-0  
Telefax (0611) 99227-27  
Adress- und Mitgliederverwaltung:  
Zuständig sind die jeweiligen  
Geschäftsstellen der Landesbezirke

**Redaktion**  
Markus Hüschentbett (V.i.S.d.P.)  
c/o Gewerkschaft der Polizei  
Landesbezirk Hessen  
Wilhelmstraße 60 a, 65183 Wiesbaden



## Veranstaltungen

### Weihnachtsfeier Kreisgruppe Frankfurt-Senioren

Änderung des Veranstaltungsortes: Neu: Restaurant Glashaus im Nordwestzentrum, Limescorso 8, 60439 Frankfurt/M.

## GdP Hessen sucht trockenes, sauberes Lager

bis 50 m<sup>3</sup> in Hessen. Gut zugänglich und mit Warenannahme.

Bitte melden bei: stefan.rueppel.gdp@web.de ■



Anzeige

# POLIZEI DEIN PARTNER

Gewerkschaft der Polizei

## *Wir brauchen dich!*

Der VDP – der Verlag deiner Gewerkschaft – sucht Kollegen, die neben Beruf oder Ruhestand Zeit und Lust für eine gut bezahlte Tätigkeit als freiberuflicher Anzeigenverkäufer in Hessen haben.

Hilf uns, unsere Präventionsschriften für die GdP in Hessen zu bewerben und herauszubringen.  
Nähere Informationen erhältst du unter [www.vdp-polizei.de](http://www.vdp-polizei.de).  
Oder ruf uns an unter Telefon 0211 7104-183 (Antje Kleuker).

## *Wir freuen uns auf die Zusammenarbeit mit dir!*



**VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH**  
**Anzeigenverwaltung**

Ein Unternehmen der Gewerkschaft der Polizei

Forststraße 3a, 40721 Hilden  
Telefon 0211 7104-183, Frau Antje Kleuker  
[antje.kleuker@vdp-polizei.de](mailto:antje.kleuker@vdp-polizei.de)

[www.vdp-polizei.de](http://www.vdp-polizei.de)